

Aufarbeiten ja, Transparenz nein

Die Hertie-Stiftung will nun doch die NS-Vergangenheit erforschen lassen

München – Die Kritik an der gemeinnützigen Hertie-Stiftung reißt nicht ab. Mehrere Personen aus dem Stiftungsumfeld haben sich nach einem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* am Samstag vor einer Woche gemeldet und übereinstimmend erklärt, dass die Stiftung, die über ein Vermögen von etwa einer Milliarde Euro verfügt, „keinen transparenten Umgang über die Herkunft ihres Vermögens“ betreibe und sich „weigert, ihr NS-Erbe aufzuarbeiten“. Diesen Personen ist es „unverständlich, weshalb die Stiftung 75 Jahre nach Kriegsende nicht offensiv die eigene NS-Vergangenheit“ erforschen lasse.

Ein Kenner spricht von einer „Tradition des Schweigens aus familiärer Verpflichtung“

Eine Initiative, unterstützt von etwa 150 Studierenden und Alumni der Berliner Hertie-School, die von der Hertie-Stiftung finanziert wird, hatte im Gespräch mit der SZ kritisiert, dass sie seit mehr als zwei Jahren von der Hertie-Stiftung „abgewimmelt und hingehalten“ würden mit ihren Vorschlägen, die Vergangenheit der Stiftung aufzuarbeiten. Nur wenige Stunden nach Veröffentlichung des SZ-Berichts hatte die Stiftung in einer Pressemitteilung mitgeteilt, eine „unabhängige wissenschaftliche Aufarbeitung der Vorgeschichte des Vermögens der Hertie-Stiftung“ werde „noch in diesem Jahr“ beginnen. Dem Vorstand sei die Vorgeschichte der Hertie-Warenhäuser und damit auch der Hertie-Stiftung „stets bewusst gewesen“.

Eine Person aus dem Stiftungsumfeld betonte hingegen, die Pressemitteilung

der Hertie-Stiftung werfe einige Fragen auf. „Wenn der Stiftung schon immer die Bedeutung der Vorgeschichte bewusst war, warum haben sie erst nach zwei Jahren auf die studentische Initiative reagiert, um ein Gutachten in Auftrag zu geben?“ Auch die Studierenden und Alumni, die sich in der Initiative „Her.Tietz“ zusammengeschlossen haben, sind skeptisch. In einer Petition fordern sie nun, dass die Hertie-Stiftung garantieren müsse, dass die Aufarbeitung wissenschaftlichen Standards entspreche und unangreifbar bleibe. Es dürfe nicht nur ein Wissenschaftler mit der Studie beauftragt werden, sondern es müsse eine Kommission aus „drei bis fünf“ Historikern, darunter auch Holocaustforscher, gebildet werden. Zudem müsse die Stiftung vertraglich zusichern, sich nicht einzumischen in die wissenschaftliche Fragestellung, auch müssten sämtliche Quellen zugänglich gemacht werden. Zudem müsse die Studie auch einen Fokus haben auf die Arisierung des Warenhauskonzerns.

Die Warenhauskette der jüdischen Unternehmerfamilie Tietz war kurz nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten arisiert und die geschäftsführende Eigentümerfamilie aus dem Unternehmen gedrängt worden. Der jüdische Name des Unternehmens war zugunsten der Abkürzung „Hertie“ getilgt und ein neuer Geschäftsführer eingesetzt worden, Georg Karg. Dessen Enkeltochter, Sabine Gräfin von Norman, sitzt im Vorstand der Hertie-Stiftung.

Ein ehemaliger Mitarbeiter aus dem Umfeld der Stiftung sagte der SZ, in der Hertie-Stiftung gebe es eine „Tradition des Schweigens aus Rücksicht aus familiärer

Verpflichtung“. Es werde kein offensiver Umgang gewünscht darüber, „dass Georg Karg ein Profiteur der Arisierung gewesen ist“. Der SZ liegen E-Mails aus einem Zeitraum von über zwei Jahren vor, die belegen, dass die Hertie-Stiftung die öffentliche Aufarbeitung nicht priorisiert. In einer E-Mail an die Studierenden und Alumni

Der Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe soll offenbar die Hertie-Studie erarbeiten

wird auch ein Grund genannt dafür. Die Arisierung des Kaufhauskonzerns von Hermann Tietz sei „unstrittig“, schrieb Stiftungsgeschäftsführer John-Philip Hammersen im vergangenen Frühjahr, dies sei „jedoch für die heutigen Nachkommen von Georg Karg schon ein großer Schritt, dies beim Namen zu nennen“. Die Pressestelle der Stiftung erklärte, die Enkelin von Georg Karg, Gräfin Norman, gebe „grundsätzlich“ keine Interviews. Eine Anfrage der SZ an die private E-Mail-Adresse der Gräfin blieb unbeantwortet.

Die Stiftung hat in den vergangenen Tagen mehreren Personen erklärt, der Frankfurter Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe werde mit der Erstellung der Studie beauftragt. Eine offizielle Bestätigung gab die Stiftung dazu aber nicht ab. Plumpe besitzt zwar einen guten Ruf unter Wissenschaftlern, aber er sitzt zugleich in der Jury der Hertie-Stiftung für deren Essay-Preis. Außerdem sitzt Plumpe im Vorstand und im wissenschaftlichen Beirat der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, die eine Vorstudie für die Hertie-Stiftung zur NS-Vergangenheit erstellt hat, die bis heute unter Verschluss gehalten wird. Laut Hertie-Stiftung hat diese Studie aufgrund einer dürftigen Quellenlage kein Ergebnis gebracht. Die Vorstudie von 2000 wurde von der Hertie-Stiftung mit gemeinnützigen Mitteln finanziert. Die Erkenntnisse müssten daher auch dem Gemeinwohl zugutekommen. Der SZ teilte die Hertie-Stiftung mit, sie sehe „keinen Sinn in einer Veröffentlichung“.

Der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Klaus Scharioth, der dort die Aufarbeitung der NS-Geschichte im Jahr 2005 mit initiiert und organisiert hatte, sagte: „Uns war damals klar, dass wir eine Kommission mit der Aufarbeitung der NS-Geschichte des Auswärtigen Amts beauftragen müssen und nicht nur eine Person. Sonst macht man sich angreifbar.“ Man habe vermeiden wollen, dass die Aufarbeitung durch die Berufung nur einer Person „ein Geschmäcke bekommen könnte“. Wichtig sei auch gewesen, nur Personen mit der Studie zu beauftragen, die keine Verbindung zum Auswärtigen Amt hatten. „Wir hatten das Gefühl, wenn wir als Auswärtiges Amt glaubwürdig bleiben wollen, darf nichts unter den Teppich gekehrt werden.“

THORSTEN SCHMITZ



Nicht nur das Kaufhaus Hermann Tietz am Berliner Alexanderplatz wurde nach 1933 arisiert und in Hertie umbenannt; der Name sollte nicht an den jüdischen Vorbesitzer erinnern.

FOTO: SZ PHOTO